

**Gemeinsamer Bericht gem. §§ 293a, 295 AktG**  
**des Vorstands der KUKA Aktiengesellschaft, Augsburg,**  
**und**  
**der Geschäftsführung der KUKA Roboter GmbH, Augsburg**  
**über die Änderungsvereinbarung (Nachtrag) vom 28. September 2009**  
**zu dem Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag**  
**vom 12. August/02. September 1996**

## **1. Einleitung und Gründe für die Änderungsvereinbarung**

Die KUKA Aktiengesellschaft (nachfolgend „KUKA AG“; vormals als IWKA Aktiengesellschaft firmierend), eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Augsburg unter HRB 22709, hält zum Tag der Erstattung dieses Berichts unmittelbar sämtliche Geschäftsanteile der KUKA Roboter GmbH zu 100%, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Augsburg unter HRB 14914. Der Unternehmensgegenstand der KUKA Roboter GmbH lautet wie folgt:

„Entwicklung, Konstruktion, Herstellung, Vertrieb und Wartung von Industrierobotern und sonstigen Handhabungssystemen sowie Handel mit Erzeugnissen auf den vorgenannten Gebieten sowie alle hiermit zusammenhängenden Geschäfte. Die Gesellschaft ist zu allen Handlungen berechtigt, die unmittelbar oder mittelbar dem vorstehenden Zweck zu dienen geeignet sind. Die Gesellschaft ist berechtigt, ihre Tätigkeit auf ähnliche oder verwandte Gegenstände auszudehnen. Die Gesellschaft darf Zweigniederlassungen im In- und Ausland errichten. Sie darf andere Unternehmungen erwerben, errichten oder sich an solchen beteiligen.“

Die KUKA AG (herrschendes Unternehmen) hat mit ihrer Tochtergesellschaft KUKA Roboter GmbH (abhängige Gesellschaft) am 12. August/02. September 1996 einen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen.

Aufgrund dieses Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages wurde eine steuerliche Organschaft für die Zwecke der Körperschaft- und Gewerbesteuer begründet. Dies bedeutet, dass die Gewinne und Verluste der KUKA Roboter GmbH der KUKA AG handels- und steuerrechtlich zugerechnet und mit Ergebnissen weiterer Konzerngesellschaften, die ebenfalls in den Organkreis eingebunden sind, auf Ebene der Konzernmuttergesellschaft, der KUKA AG, konsolidiert werden. Aufgrund der in diesem Vertrag enthaltenen Regelung zur Beherrschung wurde die KUKA Roboter GmbH unter die einheitliche Leitung der KUKA AG gefasst. Hierdurch wurde die konzernrechtliche Verbindung der beiden Vertragsparteien gefestigt und die Steuerungsfunktion der KUKA AG als Konzernmuttergesellschaft gestärkt.

Um die steuerliche Anerkennung dieses Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages sicherzustellen, ist es erforderlich, die in dem ursprünglichen Vertrag enthaltene Wiedergabe der Regelung zur Gewinnabführung anzupassen. Diese soll fortan als dynamische Verweisung auf § 302 AktG in der jeweils geltenden Fassung ausgestaltet sein. Bei Gelegenheit dieser Änderungen soll der Vertrag sprachlich insgesamt neu gefasst werden.

## **2. Änderungsvereinbarung (Nachtrag) vom 28. September 2009 zum Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag vom 12. August/02. September 1996**

Mit der Änderungsvereinbarung (Nachtrag) vom 28. September 2009 wurde der ursprüngliche Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag – unter Beibehaltung der Vertragsparteien und der Laufzeit – sprachlich insgesamt neu gefasst. Der neu gefasste Vertrag hat im Wesentlichen folgenden Inhalt:

- Die KUKA Roboter GmbH unterstellt die Leitung ihrer Gesellschaft der KUKA AG. Die KUKA AG ist demgemäß berechtigt, der Geschäftsführung der KUKA Roboter GmbH in Bezug auf die Leitung der Gesellschaft – soweit gesetzlich zulässig – Weisungen zu erteilen, die von den Geschäftsführern der KUKA Roboter GmbH im gesetzlich zulässigen Rahmen zu befolgen sind.
- Die KUKA Roboter GmbH verpflichtet sich, ihren gesamten nach Maßgabe der handelsrechtlichen Vorschriften ermittelten Gewinn, an die KUKA AG abzuführen. Als Gewinn gilt der ohne die Ergebnisabführung entstehende Jahresüberschuss, der (i) um einen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und die Beträge, die in andere Gewinnrücklagen eingestellt werden, vermindert ist; und (ii) um die Beträge, die den während der Dauer dieses Vertrages gebildeten anderen Gewinnrücklagen entnommen wurden, erhöht ist.

Der abzuführende Gewinn vermindert sich, soweit die §§ 58b) bis 58d) GmbHG der Abführung entgegenstehen. Ebenso sind die Abführung von Beträgen aus der Auflösung von Kapitalrücklagen sowie die Abführung von Beträgen aus der Auflösung von Gewinnrücklagen, die vor Inkrafttreten dieses Vertrages gebildet wurden, ausgeschlossen.

Die KUKA Roboter GmbH darf Beträge nur insoweit in andere Gewinnrücklagen einstellen, als dies bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich begründet ist. Den anderen Gewinnrücklagen dürfen nur insoweit Beträge entnommen und als Gewinn abgeführt werden, als die Beträge während der Vertragsdauer in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt worden sind. Im Übrigen findet für den Höchstbetrag der Ergebnisabführung § 301 AktG in der jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung.

- Die KUKA AG ist verpflichtet, jeden während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen, soweit dieser nicht dadurch ausgeglichen wird, dass den anderen Gewinnrücklagen Beträge entnommen werden, die während der Vertragsdauer in sie eingestellt worden sind. Im Übrigen findet § 302 AktG in der jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung.
- Die Ansprüche auf Abführung des Gewinns bzw. auf Ausgleich des Jahresfehlbetrages entstehen mit Ablauf eines jeden Geschäftsjahres der KUKA Roboter GmbH und werden zu diesem Zeitpunkt fällig. Der Gewinn bzw. der Jahresfehlbetrag der KUKA Roboter GmbH ist vom Ablauf des Geschäftsjahrs bis zur tatsächlichen Erfüllung des Anspruchs auf Ergebnisabführung bzw. Verlustübernahme angemessen zu verzinsen.

### 3. Folgen für die Aktionäre und sonstige Angaben

Für die Aktionäre ergeben sich aus der Neufassung des Vertrags aufgrund der Änderungsvereinbarung keine wesentlichen Folgen. Dies gilt insbesondere deshalb, weil sämtliche Geschäftsanteile der KUKA Roboter GmbH zum heutigen Tage und zum Zeitpunkt des Zustimmungsbeschlusses der Gesellschafterversammlung der KUKA Roboter GmbH unmittelbar von der KUKA AG gehalten werden, und deshalb Regelungen über den Ausgleich oder eine Abfindung außenstehender Gesellschafter (entsprechend §§ 304, 305 AktG) nicht zum Tragen kommen.

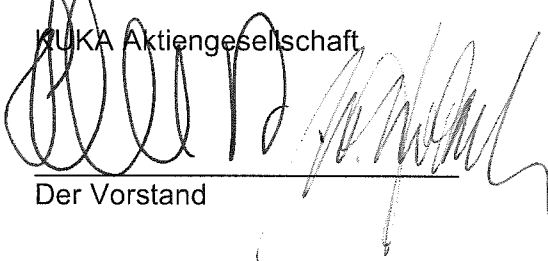
Die Verpflichtung zum Verlustausgleich analog § 302 Abs. 1 AktG war bereits vor der Änderungsvereinbarung im Vertrag enthalten. Durch die neu eingefügte Verweisung auf § 302 AktG in seiner jeweils gültigen Fassung werden die Vorschriften über Verzichts- und Vergleichsbeschränkungen hinsichtlich dieses Anspruchs gemäß § 302 Abs. 3 AktG sowie die Verjährungsvorschrift des § 302 Abs. 4 AktG anwendbar, deren Geltung unter dem bisherigen Vertrag jedenfalls nicht explizit vorgesehen war.

Da sich sämtliche Geschäftsanteile der KUKA Roboter GmbH in der Hand der KUKA AG befinden, bedarf es auch keiner Prüfung dieser Änderungsvereinbarung durch einen Vertragsprüfer gemäß §§ 293b, 295 AktG und keiner Erstellung eines Prüfungsberichtes gemäß §§ 293e, 295 AktG.

Die Gesellschafterversammlung der KUKA Roboter GmbH hat der Änderung des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages am 28. September 2009 in notarieller Form zugestimmt. Die Änderung des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrages bedarf zu ihrer Wirksamkeit nunmehr noch der Zustimmung der Hauptversammlung der KUKA AG. Die Zustimmung der Aktionäre der KUKA Aktiengesellschaft wird Gegenstand der nächsten ordentlichen Hauptversammlung im April 2010 sein.

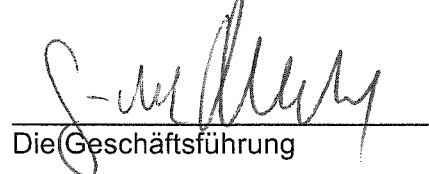
Augsburg, den 26. Februar 2010

KUKA Aktiengesellschaft



Der Vorstand

KUKA Roboter GmbH



Die Geschäftsführung